

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Telefon 030 227-77594

Telefax 030 227-76594

roderich.kiesewetter@bundestag.de

Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:

Wellandstraße 58

73434 Aalen

Telefon 07361 5249 201

Telefax 07361 5249 202

roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



# Kiesewetter kompakt

## Kraftvoll ins neue Jahrzehnt

**Sofortprogramm zur Stärkung der Wachstumsperspektiven – Regierungsbeschlüsse von Meseberg und Persönliche Notizen**

Zwei Monate nach der Bundestagswahl, bei der wir den Auftrag erhalten haben, unser Land in den nächsten vier Jahren zu regieren, nahm der Deutsche Bundestag in dieser Sitzungswoche mit der Konstituierung seiner Ausschüsse und der Beratung über die Verlängerung von drei Mandaten für Auslandseinsätze der Bundeswehr wieder seine reguläre Arbeit auf. Nach sehr zügigen Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP, der Bestätigung des aus den Koalitionsverhandlungen resultierenden Koalitionsvertrages durch die jeweiligen Parteitage von CDU, CSU und FDP fand einen Tag nach der Konstituierung des Deutschen Bundestages am 27. Oktober 2009 die Wahl unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB sowie die Vereidigung des Bundeskabinetts im Deutschen Bundestag statt. Nach der ersten Regierungserklärung der Bundeskanzlerin und einer ausführlichen Debatte im Deutschen Bundestag haben wir bereits als erste wichtige Weichenstellung der neuen Regierungskoalition mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz ein steuerpolitisches Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, um Wachstumskräfte zu stimulieren: Mit Korrekturen im Unternehmensteuerrecht wol-

len wir die Unternehmen krisenfester machen, insbesondere durch Entschärfung der Verlust- und Zinsabzugsbeschränkungen sowohl für international orientierte Konzerne als auch für mittelständische Unternehmen. Mit Korrekturen im Erbschaftsteuerrecht wollen wir eine krisenfeste Ausgestaltung der Bedingungen für die Unternehmensnachfolge und die Absenkung der Steuerbelastung für Geschwister und Geschwisterkinder durchsetzen. Mit der Erhöhung des Kinderfreibetrages in einem ersten Schritt auf 7.008 Euro und des Kindergeldes um je 20 Euro schaffen wir eine steuerliche Entlastung für Familien mit Kindern. Wir werden die Wettbewerbsposition des Hotelgewerbes und der Landwirtschaft stärken durch Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Beherbergungsleistungen beziehungsweise durch die Fortführung der Steuerermäßigung für Agrardiesel. Mit diesem Bündel steuerlicher Erleichterungen und Verbesserungen setzen wir an wichtigen Stellen Impulse, die zu unternehmerischen Investitionen ermutigen und die Konsumbereitschaft stärken.

In der vergangenen Woche hat die Bundesregierung auf ihrer Klausur im brandenburgischen Meseberg ein anspruchsvolles Ar-

beitsprogramm für die kommenden Monate vorgelegt. Im Bereich Klimaschutz, Elektromobilität und Bürokratieabbau hat sich die Regierung konkrete und engagierte Ziele gesetzt, die zeigen, dass wir mit hoher Geschwindigkeit darangehen, die Probleme unseres Landes zu lösen. Einen besonderen Schwerpunkt unserer Arbeit bildet die Bewältigung der demographischen Herausforderung. Die Menschen in unserem Land werden immer älter, während deutlich weniger Kinder geboren werden als vor dreißig Jahren. Im Jahr 2050 werden 80 Rentner auf 100 Beitragszahler kommen. Das zeigt: Wir stehen vor großen Aufgaben. Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst. Wir werden in den kommenden Jahren auf zahlreichen Politikfeldern die Weichen dafür stellen, den demographischen Wandel als Chance zu nutzen. Mit den Beschlüssen von Meseberg hat die Bundesregierung wichtige Schritte in diese Richtung unternommen. Dazu gehört auch der zügige Ausbau einer schnellen Internetverbindung in den ländlichen Räumen. Gerade die demographische Veränderung verlangt von uns besondere Anstrengungen, um den ländlichen Raum als attraktiven Lebensraum zu erhalten.

### **Drei Bundeswehrmandate verlängert**

In dieser Woche standen drei Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Verlängerung an. Mit ihrer Arbeit in Afghanistan und vor der Küste des Libanon leisten unsere Soldatinnen und Soldaten einen unverzichtbaren Beitrag zur Bekämpfung von Waffenschmuggel und Terrorismus und legen damit den Grundstein für eine friedliche Entwicklung in den betroffenen Gebieten. Gleichzeitig verteidigen sie Deutschlands Sicherheit und unsere Interessen. Deutschland ist fest eingebunden in die Strukturen der Europäischen Union und des Nordatlantikvertrags und trägt als zuverlässiger Bündnispartner entscheidend

zur Funktionsfähigkeit dieser Bündnisse bei. Die Erfolge, die während des bisherigen Einsatzes erreicht wurden, sind beachtlich, dennoch sind wir noch nicht am Ziel: Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan verlangt auch weiterhin nach militärischer, ziviler und logistischer Unterstützung durch die Bundeswehr. Auch vor der Küste des Libanon muss weiterhin verhindert werden, dass die Hamas über See mit Waffen versorgt wird. Andernfalls wird es im Nahen Osten nicht zu einer dauerhaften Friedenslösung kommen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt unsere Soldatinnen und Soldaten und dankt ihnen für ihren bisherigen und zukünftigen Einsatz. Wir werden immer ein verlässlicher Partner unserer Streitkräfte sein.

### **Fortsetzung der Beteiligung an ISAF**

In dieser Woche haben wir die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO beschlossen.

Das deutsche ISAF-Kontingent wird weiterhin maximal 4.500 Soldatinnen und Soldaten umfassen und hat zum Ziel, die afghanische Regierung bei der Gewährleistung eines sicheren Umfelds zu unterstützen. Ein stabiles Afghanistan liegt im vitalen deutschen Interesse. Die Fortsetzung des internationalen Engagements ist erforderlich, um einen Rückfall Afghanistans in die Zeit des Bürgerkrieges und der Terrorherrschaft der Taliban zu verhindern.

### **Fortsetzung der Beteiligung an UNIFIL**

Auch die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) stand in dieser Woche zur Entscheidung an. Die deutsche Beteiligung an der UNIFIL Maritime Task Force (MTF)-Mission vor der libanesischen Küste ist Teil unseres

Einsatzes für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Mit der Mandatsverlängerung bis zum 30. Juni 2010 bringt Deutschland seinen Willen zum Ausdruck, auch im Libanon weiter zur Stabilisierung des Nahen Ostens wesentlich beizutragen. Im Lichte der bisherigen Erfolge und unter Berücksichtigung des dabei erreichten libanesischen Fähigkeitszuwachses ist eine Absenkung der Obergrenze der deutschen Beteiligung von 1.200 auf 800 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen.

### **Fortsetzung der Beteiligung OEF**

Wir haben zudem die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Operation Enduring Freedom (OEF) bis zum 15. Dezember 2010 beschlossen. Das Mandat schließt NATO-Operationen im Rahmen von Operation Active Endeavour mit ein. Die internationale Gemeinschaft darf in ihren umfassenden Anstrengungen zur wirksamen Beseitigung der gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Umstände, die das Entstehen von Terrorismus begünstigen, nicht nachlassen. Die Operation Enduring Freedom sowie die Einsätze der NATO im Mittelmeer im Rahmen der Operation Active Endeavour sind ein angemessener militärischer Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Mit der vorgesehenen Personalobergrenze von 700 Soldaten ist Deutschland weiterhin in der Lage, das erforderliche Fähigkeitsprofil für den Anti-Terror-Einsatz am Horn von Afrika und im Mittelmeerraum abzubilden.

### **Persönliche Notizen**

Die Doppelwoche vom 16./23. November begann mit einer ersten Bürgersprechstunde zur Lage der Landwirtschaft im Raum Aalen sowie mit einer intensiven Diskussion mit der CDU-Gemeinderatsfraktion in Bopfingen. Die Auswirkungen des Koalitionsvertrages auf die kommunalen Finanzen

und die regionale Verkehrssituation standen im Mittelpunkt der umfassenden Aussprache.

Des Weiteren traf ich den Vorsitzenden des Bundes Deutscher Milchviehhalter e.V. Romuald Schaber zu einem vierstündigen Gespräch im Wahlkreis. Er warb um Verständnis für die Lage der Milchviehhalter und gab Berechnungsbeispiele. Nach dem Gespräch mit dem Bauernverband noch im Oktober in Berlin habe ich damit meine Informationsbasis für unsere Landwirtschaft erheblich erweitert.

Höhepunkt der Woche im Wahlkreis war die Fortsetzung der "Heiße-Eisen-Liste" im Kreis Heidenheim. Themen wie B466, Lückenschluss B492, Anbindung an Stuttgart und Ulm sowie nach Nürnberg über Bahn und Straße, das schnelle Internet und die Auswirkungen der demographischen Entwicklung waren die wesentlichen Themen in vertrauensvoller Atmosphäre mit den Ortsvorstehern, Bürgermeistern, dem Landrat und weiteren regionalen Vertretern.

Diese Themen nahm ich anschließend zu einem Antrittsbesuch bei Regierungspräsident Schmalzl in Stuttgart auf. Der „RP“ warb für Ausweitung der LKW-Maut auf vierspurige Bundesstraßen. Ich unterstrich die Notwendigkeit, Abschnitte der B29 und der B466 in den vorrangigen Bedarf zu bringen, um mit der Planung für den Ausbau beginnen zu können. Hier bleibt noch viel zu tun und wir dürfen keine falschen oder übertriebenen Erwartungen wecken.

Beim Landesparteitag ergab sich die Gelegenheit zu einem kurzen Gespräch mit dem designierten Ministerpräsidenten Stefan Mappus MdL. Ich freue mich auf die zukünftige Zusammenarbeit.



*Roderich Kiesewetter MdB mit dem künftigen Ministerpräsidenten Stefan Mappus MdL auf dem Landesparteitag*

Die öffentliche Jahreshauptversammlung bei der CDU Kirchheim in Dirgenheim bot gute Gelegenheit zur Aussprache mit unseren Parteimitgliedern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Die hohen Pachtzahlungen der Biogasunternehmer aus dem Bayerischen belasten unsere Landwirtschaft, hier ist Handlungsbedarf.

In Berlin traf ich die Erste Bürgermeisterin der Stadt Aalen, Frau Jutta Heim-Wenzler, die in den Ministergärten über die erfolgreichen Klimaschutzbemühungen Aalens beim Forum "Kopenhagen konkret: Internationale Politik und kommunale Klimaschutzkonzepte" einen eindrucksvollen Vortrag hielt.

Spannende Sitzungen im Auswärtigen und im Europa-Ausschuss verbunden mit meiner ersten Berichterstattung im Europa-Ausschuss wurden ab Mittwochabend überlagert durch den Informationsskandal im Verteidigungsministerium anlässlich der Lage in Kundus/Afghanistan. Also eine spannende Arbeitswoche in Berlin.

Ihr Roderich Kiesewetter MdB